



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 23. Juni 2020
Kantonsratspräsident Josef Wyss

E 123 Einzelinitiative Zbinden Samuel und Mit. über die Einführung des Stimmrechtsalters 16 / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung einer Kommissionseinsetzung. Samuel Zbinden hält an seiner Einzelinitiative fest.

Samuel Zbinden: «Wo chiemte mer hi, wenn alli seite, wo chiemte mer hi, und niemer giengti für einisch z'luege, wohi dass me chiem, we me gieng.» Mit diesem Zitat des Berner Theologen und Schriftstellers Kurt Marti habe ich meine Rede als jüngster Kantonsrat an der ersten Session dieser Legislatur begonnen. Heute, ziemlich genau ein Jahr später, ist mir dieses Zitat wieder in den Sinn gekommen. Kurt Marti spricht vom Mut zur Veränderung. Er spricht davon, etwas zu wagen. Dieser Kantonsrat hat heute die Chance, diesen Mut zu zeigen und eine Veränderung anzugehen. Mit den Worten «mer wend üse Sänf dezue gäh» haben uns alle heute Morgen junge Menschen begrüsst. Diese jungen Menschen, viele von ihnen sind noch unter 18 Jahre alt, sind hierher gekommen, weil sie mitbestimmen und Teil unserer direkten Demokratie sein möchten. Sie können mir glauben: diesen jungen Menschen und noch vielen anderen ist es ernst. Sie übernehmen Verantwortung und setzen sich für ihre Anliegen ein in der Gesellschaft, in der Arbeitswelt, aber auch in der Politik. Zahlreiche 16- und 17-Jährige sind Mitglieder in Jungparteien, nehmen an Jugendsessionen teil, kämpfen auf den Strassen für ihre Zukunft und stehen an einem Dienstagmorgen früh auf, um Ihnen ein «Senftübeli» in die Hand zu drücken und Sie zu bitten, heute Ja zu stimmen. Mit einem Ja zum Stimmrechtsalter 16 können wir so viel gewinnen. Wir können unsere Demokratie stärken, wir können die Überalterung ein Stück weit ausgleichen, und wir können mehr Menschen einbinden. Verlieren können wir hingegen gar nichts. Das Stimmrechtsalter 16 kostet nichts, schafft keine zusätzliche Bürokratie, es zerstört keine Arbeitsplätze, und es schränkt niemanden in seiner Freiheit ein. Prominente Studien aus unserem Nachbarland Österreich zeigen, dass 16-Jährige bei Wahlen genauso vernünftig nach ihren Interessen abstimmen können wie ältere Personen. Es ist also nicht zu erwarten, dass demokratische Entscheide weniger «vernünftig» würden, wie das teilweise behauptet wird. Das Stimmrechtsalter 16 macht auch aus der Bildungsperspektive Sinn. Mit 16 Jahren befinden sich junge Menschen sehr häufig in der Ausbildung, während der die politische Bildung gelehrt wird. Es macht Sinn, dass die jungen Menschen das Gelernte auch direkt anwenden können. Der Kantonsrat hat heute die Chance, ein klares Statement abzugeben an alle die 16- und 17-Jährigen, welche mitbestimmen möchten; ein Statement an die jungen Menschen, welche uns heute Morgen begrüsst haben; ein Statement, das lautet: «Liebe 16- und 17-Jährige. Wir nehmen euch ernst, wir würdigen euer Engagement, und wir möchten, dass ihr mitbestimmen könnt.» Zeigen wir heute, dass der Kanton Luzern mutig, progressiv und inklusiv ist. Zeigen wir, «wohi dass me chiem, we me gieng». Ich empfehle Ihnen aus ganzem Herzen, der Zuweisung der Einzelinitiative an eine Kommission zur Behandlung und Beratung zuzustimmen. Die jungen Menschen im Kanton Luzern werden es Ihnen danken.

Claudia Huser Barmettler: «Die heutige Jugend ist verwöhnt, faul und desinteressiert. Die Klimajugend fordert nur, kann selber aber mit den Einschränkungen gar nicht umgehen. Sie sind ja die ersten, die fliegen und im Luxus auf Kosten unserer Umwelt aufwachsen» – so tönt es immer wieder von uns Älteren und noch Älteren. Ich bin ein Kind der 80er-Jahre, und schon bin ich im Luxus aufgewachsen, welcher unseren Wohlstand und den technischen Fortschritt ermöglichen. Die heutige Jugend nützt diesen Luxus, wie wir alle anderen auch. Nun gibt es aber eine ganze Bewegung, welche etwas ändern möchte, welche merkt, dass wir eben keinen Planeten B haben. Darum gehen sie auf die Strassen. Auch dazu hört man immer gleich wieder: «Ja, laut lärmern können sie, aber die sollen zuerst einmal Verantwortung übernehmen.» Das stimmt in einigen Fällen, aber es gibt auch die anderen Fälle. Diese wollen Verantwortung übernehmen, können aber nicht, weil sie nicht wahlberechtigt sind. Sie würden Verantwortung übernehmen, wenn wir sie nur lassen würden. Also ermöglichen wir ihnen das doch. Ermöglichen wir ihnen, dass sie nicht nur auf der Strasse, sondern auch in einem klaren, geordneten Rahmen ihre Stimme abgeben können und sich dann aber auch mit den Auswirkungen befassen müssen. Covid-19 zeigt es ganz klar: Wohl oder übel, unsere Gesellschaft wird die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen tragen müssen, und die junge Generation am längsten. Da hat man sie auch nicht gefragt. Geben wir ihnen also die Chance, Verantwortung zu übernehmen, gerade auch im Hinblick auf das Postulat von Irene Keller, welches die mangelnde politische Bildung in der Schule bemängelt. Ich war bei der Einreichung nicht ganz sicher, ob die Einzelinitiative das richtige Mittel ist. Wenn ich jetzt aber die Begründung der Regierung lese, welche Ablehnung beantragt, dann muss ich Samuel Zbinden recht geben. Auch nach mehrmaligem Durchlesen der Antwort habe ich die Begründung für die Ablehnung nicht gefunden. Die Einzelinitiative verlangt genau das Richtige: das aktive Stimmrechtsalter 16. Ich freue mich über die Unterstützung der Initiative.

Angela Lüthold: Die Einzelinitiative verlangt das Herabsetzen des Stimmrechtsalters auf das 16. Altersjahr. Der Kanton Luzern von morgen soll dadurch bestimmt werden. Mit dem aktiven Stimmrecht kann man an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen. Um in öffentliche Ämter gewählt zu werden, muss man 18 Jahre alt sein. Alles im Leben hat zwei Seiten, so auch die Rechte und Pflichten. Sie sollten einhergehen und im Gleichgewicht stehen. Mit 16 Jahren abzustimmen und zu wählen, ohne die politischen und finanziellen Konsequenzen zu verantworten, ist heikel. Wer für sein Handeln nicht die Verantwortung übernehmen kann, kann auch nicht für das Schicksal des Staates verantwortlich sein. Bis zum Alter von 18 Jahren haben die Jugendlichen nicht alle Rechte und Pflichten, sie werden sogar vom Gesetz vor ihrem Handeln geschützt. Sie können keine Verträge unterzeichnen und sich auch nicht verschulden. Auch für ein auffälliges Fehlverhalten sind sie strafrechtlich nur dem Jugendstrafrecht unterstellt. Mit 16 Jahren verfügen nicht alle Jugendlichen über ein Mass an Einsichtigkeit und Verantwortungsbewusstsein. Verständlicherweise sind sich nicht alle über die Tragweite ihrer politischen Entscheide bewusst, weil sie sich mit anderen Themen beschäftigen wie zum Beispiel der Berufswahl oder ihrer Ausbildung. Ich bin mir durchaus bewusst, dass sich heute Jugendliche mit 16 Jahren politisch interessieren. Diese haben sich jedoch über das politische System und die Parteiprogramme wenig Gedanken gemacht. Die Senkung des aktiven Stimmrechtsalters ist der falsche Weg, das politische Interesse und das Verantwortungsbewusstsein der Jugendlichen zu fördern. Es geht hier nicht um die Motivation, sondern um Entscheide, die letztlich mitgetragen werden müssen. Will ein Jugendlicher politisch aktiv sein, kann er sich einer politischen Partei oder Organisation anschliessen. Auch ich war eine Jugendliche, die sich sehr früh mit Politik befasst hat. Damals betrug das Stimmrechtsalter noch 20 Jahre, und auch nach heutigem Recht wäre ich nicht stimmberechtigt gewesen. Trotzdem habe ich eine Initiative auf Gemeindeebene lanciert und zusammen mit der Unterstützung der Stimmberechtigten auch zum Erfolg gebracht. Für mich heisst dies: Jeder kann sich engagieren, auch wenn er nicht volljährig ist. Es ist auch mit dem Stimmrechtsalter 18 vielen Jugendlichen gelungen, schon früh in die Politik einzusteigen, wie Kantonsrat Samuel Zbinden beweist. Das aktive Stimmrecht im Kanton Luzern mit 16 Jahren und auf Bundesebene mit 18 Jahren zu gewähren, wird

kompliziert zu lösen sein. Seit 2007 kennt der Kanton Glarus das Stimmrechtsalter 16. Bisher deutet nichts darauf hin, dass die Senkung zu einer höheren Stimmbeteiligung geführt hätte. Im Februar 2020 lehnten die Neuenburger mit knapp 60 Prozent das Stimmrechtsalter 16 ab. Bei allem Respekt glaube ich, dass die Jugendlichen damit überfordert wären. Das Stimmrechtsalter sollte an die Mündigkeit geknüpft werden. Die SVP-Fraktion lehnt die Überweisung an eine Kommission ab.

Marianne Wimmer-Lötscher: Dass die Jugend zunehmend politisch interessiert ist, hat der hohe Anteil von Kandidatinnen und Kandidaten bei den Kantonsrats- und Nationalratswahlen gezeigt. Der Ausbau der demokratischen Mitsprache gehört zur politischen Geschichte der Schweiz. Wichtige Meilensteine wurden gesetzt mit der Einführung des Frauenstimmrechts und mit dem Herabsetzen des Stimmrechtsalters von 20 auf 18 Jahre. Die Forderung nach einem aktiven Stimmrechtsalter 16 reiht sich in diese Tradition ein und ist für die Jugendlichen eine gute Chance für die politische Bildung, die Identifikation mit der direkten Demokratie und die Teilnahme am politischen Leben. Mit der Berufswahl und dem Ausbildungsstart haben die 16-Jährigen weitreichende Entscheidungen zu fällen und tragen juristische Rechte und Pflichten, aber die politische Mitsprache bleibt ihnen verwehrt. Mit unserer Umweltschutz-, Finanz- und Schuldenpolitik stellen wir die Weichen für die nahe und ferne Zukunft, welche besonders die jüngste Generation betreffen wird. Diese erhebt zunehmend ihre Stimme und appelliert daran, die Lebens- und Wirtschaftsweise in Einklang mit der Umwelt zu bringen. Nutzen wir doch die Chance und gewähren ihnen die politische Mitsprache und binden sie somit in die Verantwortung mit ein. Das aktive Stimmrechtsalter 16 liesse sich mit der Schweizer Rechtsprechung gut vereinbaren, denn das passive Wahlrecht wäre nicht betroffen. Die SP-Fraktion unterstützt die Einzelinitiative und deren Zuweisung an eine Kommission.

Judith Schmutz: Das Stimmrechtsalter 16 ist ein Anliegen, welches polarisiert. Das ist für mich unverständlich. Ständig hören wir Jungen, dass wir keine Ziele vor Augen hätten, dass wir unmotiviert, passiv und bequem seien, zu viel trinken würden und nur Blödsinn im Kopf hätten. Das ist nicht die Jugend, welche ich kenne. Die heutige Jugend will ihre Zukunft mitbestimmen, ist engagiert und will Verantwortung tragen. Sie kann sich sehr wohl eine Meinung bilden und ist mit dem Stimmrecht sicher nicht überfordert. Das kann man auch an den vielen erfolgreich durchgeführten Jugendsessionen sehen. Dort diskutieren die jungen Menschen motiviert auf einem hohen Niveau. Bei vielen getroffenen Entscheidungen geht es um die Zukunft der heutigen Generation. Wo liegt das Problem? Die Politik wird immer älter oder besser gesagt die Menschen, welche in der Politik sind. Die Politik vertritt aber nicht nur die älteren Generationen, sondern auch uns Junge. Mit dem Stimmrechtsalter 16 wird dieser Überalterung der Demokratie entgegengewirkt. Lasst uns die Motivation der jungen Menschen heute nicht ausbremsen. Zeigen wir der jungen Generation, dass wir sie hören und ernst nehmen. Seien wir mutig, und fördern wir die Partizipation und die Mitbestimmung der Jugendlichen in der Politik. Setzen wir heute ein Zeichen für den Kanton Luzern und sagen Ja zum Stimmrechtsalter 16.

Sabine Wermelinger: Mit viel Charme wird uns das Stimmrechtsalter 16 vorgestellt. Die FDP ist der Ansicht, dass das aktive und passive Stimmrecht zusammengehören. Wer sich zu politischen Fragen äussert und wählt, soll mündig und auch befähigt sein, ein politisches Amt auszuüben. In der Diskussion um das Stimmrechtsalter werden zudem wissenschaftliche Erkenntnisse betreffend die Entwicklungsphasen der Jugendlichen einfach ausgeblendet. Als Mutter von Kindern in diesem Alter interessiert es mich, was in ihnen vorgeht, und die Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz hat fundierte Dokumentationen dazu. Jugendliche suchen demnach ihre Identität: Wer bin ich? Was will ich und mit wem? Was für Lebensziele und Werte sind mir wichtig? Es gibt verschiedene Wege zur Identitätsfindung. Einige Jugendliche kopieren die Wertvorstellungen ihrer Eltern oder anderer Bezugspersonen, andere Jugendliche machen sich weniger Gedanken darüber, was ihnen wichtig ist, und wieder andere probieren verschiedene Identitäten aus. Eine Identität kann auch aktiv erarbeitet werden; das erreichen die meisten jungen Menschen zwischen 18 und 21 Jahren. Am frühesten erreichen die Jugendlichen ihre Identität in beruflichen

Entscheidungen, vor allem jene Jugendlichen, welche eine Berufsausbildung machen. Im Vergleich dazu dauert dies bei den Studierenden länger. Im Bereich der politischen Ansichten und Wertvorstellungen ist jedoch bei den meisten Jugendlichen noch ein Suchprozess im Gange. Die Identitätsfindung gilt dann als erfolgreich, wenn ein Jugendlicher die verschiedenen Aspekte seines Selbst zu einem stimmigen Ganzen integrieren kann und die Identität über die Zeit und Ereignisse hinweg Stabilität besitzt. Mit der Senkung des Stimmrechtsalters geben wir folglich einer Generation, die noch gar nicht weiss, was sie will, eine stärkere Stimme. Was die Jungen heute abstimmen oder wählen, kann für sie schon in einigen Monaten nicht mehr stimmen. Etliche Publikationen zu diesem Lebensabschnitt haben übrigens die Überschrift «Denn sie wissen nicht, was sie tun». Wohlüberlegt wird diese Alterskategorie zum Beispiel im Strafrecht oder im Personenrecht vor ihren eigenen Entscheidungen noch geschützt. Es kann aber nicht sein, dass man ihnen dann bei politischen Entscheiden die volle Mitbestimmung gewährt. Noch ein Hinweis zum guten Beispiel Österreich: Nach einer ersten Euphorie und entsprechender Medienpräsenz hat die Wahlbeteiligung der Erstwählenden nach einigen Jahren wieder markant abgenommen. Es gibt andere gute Möglichkeiten, wie die jungen Menschen mitdiskutieren und ihr Umfeld mitgestalten können. Gute Beispiele sind das Jugendparlament und die Projekte der Jugendarbeit. Aus den genannten Gründen lehnt die FDP-Fraktion die Zuweisung der Einzelinitiative an eine Kommission ab.

Ludwig Peyer: Eine Mehrheit der CVP-Fraktion lehnt die Einzelinitiative ab. Dazu möchte ich Ihnen zwei Punkte erläutern. Eines vorweg: die Frage des Stimmrechtsalters 16 ist eine Frage, die in allen Parteien kontrovers diskutiert wird. Als jemand, der unter anderem auch durch die JCVP politisiert wurde, weiss ich sehr gut, wie wichtig es ist, junge Menschen für Politik zu sensibilisieren. Das Anliegen der Einzelinitiative ist deshalb einerseits legitim, andererseits aber auch nicht schicksalhaft. Vielleicht gibt die CVP-Fraktion ja gerade eine gute Vorschau, wie dieses Anliegen später von der Bevölkerung beurteilt werden könnte. Erstens: Die Frage des Stimmrechtsalters 16 ist letztlich eine staatspolitische Frage, nicht mehr und nicht weniger. Es geht darum, ob man 16- und 17-Jährigen das Stimm- und Wahlrecht geben soll, ihnen aber gleichzeitig das Recht verwehrt, selbst in ein Amt gewählt zu werden. Eine Grundessenz der demokratischen Rechte einer jeder Bürgerin und eines jeden Bürgers in einem modernen, demokratischen Rechtsstaat ist bekanntlich das ungeteilte Stimm- und Wahlrecht. Jetzt wird eine Aufspaltung dieses Rechtes gefordert, und man entbindet eine Bevölkerungsgruppe von der Pflicht, nötigenfalls Verantwortung zu übernehmen. Man könnte argumentieren, dass dies einen Einstieg in die Demokratie darstelle. Die Mehrheit der CVP-Fraktion sieht dies anders. Für uns gehören das aktive und das passive Wahlrecht untrennbar zusammen. Zweitens: Die Frage des Stimmrechtsalters 16 ist dann auch keine politisch-inhaltliche Frage, sie hat nichts mit progressiv, konservativ, links oder rechts zu tun. Wer argumentiert, die Politik werde durch den aktiven Einbezug der Jungen anders, stellt eine falsche Frage. Wer argumentiert, die Jungen würden inhaltlich anders entscheiden als die Älteren – es müsse also ein Gegengewicht zu den Älteren geben –, der eröffnet ein gefährliches Spiel der Generationen. Wer zudem argumentiert, man müsse die Jungen ernst nehmen, der setzt voraus, dass nur ernst genommen wird, wer das Stimmrecht besitzt. Dann müsste man aber konsequenterweise das Stimmrechtsalter 0 fordern. In einem Punkt sind wir uns aber wohl einig. Zweifelsohne geht es nicht um die Frage, ob die 16-Jährigen das Können zum Wählen und Abstimmen haben. Sie können dies sicher ebenso gut oder schlecht wie der Rest der Bevölkerung. Die CVP ist der Ansicht, dass wir unweigerlich bei der staatspolitischen Frage landen, ob man das aktive und passive Stimmrecht aufteilen sollte. Wenn ja, sollte es dazu eine Notwendigkeit geben, also ein Problem oder eine Notlage, welche dies rechtfertigt. Diese Notlage sieht eine Mehrheit der CVP nicht. Ich habe das Stimmrechtsalter 16 auch noch nie auf einem Sorgenbarometer der schweizerischen Bevölkerung gesehen. Vielleicht ist es ja ganz gut, wie es jetzt ist.

Claudia Bernasconi: In der CVP gibt es zwei Meinungen, wie Sie bereits gehört haben. Warum bin ich für das Stimmrechtsalter 16? Dafür gibt es mehrere gute Argumente. Ab

10 Jahren ist man für absichtlich verursachte Schäden vor Gericht verantwortlich. Mit 14 Jahren darf man Traktor fahren, und mit 16 Jahren erhält man die sexuelle Volljährigkeit. Auch die Berufswahl verlangt von 14- bis 15-jährigen Oberstufenschülerinnen und -schülern ein Urteilsvermögen, welches ihnen weichenstellende Entscheidungen erlaubt. Es ist unsere Aufgabe, die Jugend zu befähigen, indem wir ihnen ihre eigenen Entscheidungen zutrauen und sie weniger bevormunden. Bevormundung führt in die Passivität, Verantwortung in die Aktivität. Die Argumente, welche heute gegen das Stimmrechtsalter 16 ins Feld geführt worden sind, sind die gleichen, welche damals auch gegen das Stimmrechtsalter 18 hervorgebracht worden sind. Vor rund 30 Jahren ist das Stimmrechtsalter 18 im Kanton Luzern eingeführt worden. Kommissionssprecher war dazumal übrigens alt Ständerat Konrad Graber. 1991 ist dann auf Bundesebene das Stimmrechtsalter 18 als Geschenk an die Jugend zur 700-Jahr-Feier der Schweizerischen Eidgenossenschaft übergeben worden. Der Präsident der grössten Luzerner Jungpartei hält fest: Mit dem Stimmrechtsalter 16 gibt es im Kanton Glarus oder auch in Österreich nur positive Erfahrungen. Zudem ist es wissenschaftlich erwiesen, dass Entscheidungen von 16- bis 17-Jährigen qualitativ denen älterer Personen in nichts nachstehen. In einer Studie von Markus Wagner und weiteren Personen aus dem Jahr 2012 wird festgehalten, dass die Qualität der Wahlmöglichkeiten der Bürger unter 18 Jahren ähnlich wie bei älteren Wählern ist. Sie geben ihre Stimme so ab, dass ihre Interessen bestmöglich vertreten werden. Zum Schluss möchte ich noch den Appenzeller alt Ständerat Carlo Schmid zitieren. In der SRF-Freitagsrunde vom 24. Januar 2020 zum Stimmrechtsalter 16 hat er die Zuhörer aufgefordert: «Machen wir sie mündig als Wähler und setzen ein Gleichgewicht zur älter werdenden Wählerschaft.» Ich danke Ihnen für die Unterstützung der Einzelinitiative.

Pius Müller: Bis und mit 12 Jahren müssen Kinder im Auto in Kindersitzen angeschnallt sein, aber sie sollen mit 16 Jahren, noch pubertierend, an die Urne gehen. Das Volljährigkeitsalter und somit das Stimmrechtsalter wurde vor 30 Jahren auf 18 Jahre herabgesetzt. Von diesem Zeitpunkt an ist man unterschrifts- und stimmberechtigt. Muss dieses jetzt wirklich auf 16 Jahre herabgesetzt werden? Das Stimmrechtsalter beginnt mit 18 Jahren mit allen Rechten und Pflichten, den Fünfer und das Weggli gibt es nicht. Es gibt sicher 16-Jährige, die sich für die Politik interessieren, aber die grosse Mehrheit interessiert sich bloss für Netflix, Handy und Party, und das ist auch gut so. Die Wenigen, die sich mit 16 schon für die Politik interessieren, können sich ja im Jugendparlament engagieren. Fragen Sie mal einen 16-Jährigen, was die Mehrwertsteuer ist, was der Eigenmietwert ist oder wie hoch seine Franchise bei der Krankenkasse ist. Befürworter, seid doch ehrlich: Der Bürger hat mit 16 Jahren für den Staat noch nichts geleistet, ausser Kosten verursacht. Das kritisiert die SVP auch nicht, aber sie kritisiert die Herabsetzung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre, weil die Jugendlichen in diesem Alter noch ziemlich manipulierbar sind. Junge Menschen lassen sich leichter verschaukeln, indoktrinieren und belügen. Die Linken weibeln für das Stimmrechtsalter 16, weil sie sich dadurch mehr Wähleranteile versprechen. Ausserdem bin ich der Meinung, dass zum Stimmrecht auch Pflichten und Verantwortung gehören – mündig im Strafrecht, mündig in der Steuerpflicht. Wenn schon das geforderte Stimmrechtsalter 16 gälte, müsste das Jugendstrafrecht komplett überarbeitet werden. Es kann nicht sein, dass Straftaten kaum bestraft werden, da die 16-Jährigen angeblich im Kopf noch nicht so weit sind, um sich der Konsequenzen ihrer Handlungen bewusst zu sein, sie jedoch abstimmen dürfen. Die SVP lehnt jegliche Beratung oder Behandlung der Einzelinitiative ab. Ich verlange einen Namensaufruf bei der Abstimmung.

Sara Muff: Jahrelang wurde die Jugend nicht ernst genommen. Das Votum meines Vorredners hat dies nochmals unterstrichen. Die Jugend sei unpolitisch, sie wolle die Gesellschaft kaum mitgestalten. Sie hätten ja schon alles, und es laufe alles so gut. Viele Menschen hatten lange über die Millennials diesen Eindruck, doch dieser ist falsch. Spätestens als die Klimadebatte Fahrt aufgenommen hatte, wurde einem breiten Teil der Bevölkerung bewusst, dass die Jugend aktiv mitgestalten will. Jungparteien von ganz links bis ganz rechts erhalten massiven Zuwachs. Unsere Jugend ist politisch und will nicht nur zuschauen. Sie wird von den heutigen politischen Entscheiden länger betroffen sein als wir.

Es ist Zeit für ein Upgrade unserer Demokratie. Am 25. Oktober 2020 feiern wir im Kanton Luzern 50 Jahre Frauenstimmrecht. Heute ist dieses zu Recht absolut selbstverständlich. Jetzt ist es Zeit für einen weiteren Schritt und Zeit, unsere Demokratie auszubauen. Unsere Jugend ist dafür bereit, denn sie ist vom heutigen politischen Geschehen nicht mehr wegzudenken. Nicht nur Grossereignisse wie der Klima- oder Frauenstreik politisieren die heutige Jugend, sondern auch die sozialen Medien wecken bei jungen Erwachsenen immer früher das Interesse für Politik. Der Ausbau der politischen Mitsprache ist Bestandteil der Geschichte der Schweiz. Die Forderung dieser Einzelinitiative passt perfekt zu dieser Tradition. Dürften Jugendliche ab 16 Jahren abstimmen, wäre dies eine riesige Chance für die politische Bildung. Die Identifikation mit der Demokratie steigt. Der Medianwählende in der Schweiz ist 57 Jahre alt, das heisst, dass der Bevölkerungsanteil, welcher über 57 Jahre alt ist, das gleiche politische Gewicht hat, wie die unter 57-Jährigen. Laut Avenir Suisse erhöht sich dieses Medianalter alle vier Jahre um ein weiteres Jahr. Die Folgen dieser Schieflage unserer Demokratie sind verheerend, denn die Jungen werden so vom politischen System abgehängt. Durch ein Ja zum Stimmrechtsalter 16 können wir diesem Trend entgegenwirken. Eine lebendige Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass auch die Jugend in Prozesse mit eingebunden wird. Wovor haben wir denn Angst? Wagen wir mehr Demokratie. Stimmen wir Ja und zeigen der Jugend, dass ihre Stimme zählt und sie Teil dieser Demokratie ist.

Jonas Heeb: Es war sehr spannend, diese Diskussion zu verfolgen. Im letzten Semester habe ich an der Universität ein Seminar zum Frauenstimmrecht besucht, in dem wir uns die Argumentation auf beiden Seiten angeschaut haben. Die heutigen Argumente der Gegenseite sind sinngemäss genau die gleichen wie damals. «Sie wollen ja gar nicht, sie sind nicht mündig genug, und sie sind so einfach beeinflussbar», hiess es damals über die Frauen und heute über die Jugendlichen. Die Ironie daran ist, dass es vor 1975 nur Männer waren, welche über die politischen Fähigkeiten der Frauen diskutiert und bestimmt haben. Heute, 50 Jahre später, will uns ein Parlament mit einem Durchschnittsalter von 50 Jahren erklären, warum 16- und 17-Jährige nicht politisch mitbestimmen sollten. Dazu kommt, dass die Argumente dagegen völlig aus der Luft gegriffen sind. Das Erstarken der Jungparteien und zahlreiche Streik- und Protestbewegungen zeigen deutlich das Interesse der jungen Menschen an der Politik. Zur Mündigkeit: Ich kenne sehr viele minderjährige Menschen, welche um ein Vielfaches kompetenter sind als manche 40-Jährige. Das Alter ist längst kein Indiz mehr für politische Mündigkeit. Bitte hören Sie auf, von der Beeinflussbarkeit junger Menschen zu sprechen, während zahlreiche Kantonsrätinnen und Kantonsräte in Verwaltungsräten irgendwelcher Unternehmen einsitzen, Teil von Gemeindeexekutiven sind oder bestimmte Interessenverbände vertreten. Ich weiss auch nicht, wovor man genau Angst hat, ausser vor dem Argument, dass junge Menschen eher links stimmen. Woher dieser Eindruck stammt, kann ich nicht sagen. Ich hätte eher das Gegenteil behauptet, wenn ich mich in meinem Umfeld umsehe. Wie dem auch sei, wer ernsthaft wegen der potenziellen politischen Ausrichtung einer Menschengruppe das Stimmrecht nicht gewähren möchte, der hat etwas vom Prinzip der Demokratie nicht verstanden. Ich glaube oder hoffe zumindest, dass niemand in diesem Saal das Frauenstimmrecht heute anzweifeln würde. Ich glaube auch, dass dies mit dem Stimmrechtsalter 16 in einigen Jahrzehnten ebenso sein wird. Wenn junge Menschen mitbestimmen können, wird niemandem dadurch ein Recht weggenommen. Es wurde auch angemerkt, dass Minderjährige die Verantwortung für ihre Abstimmungsergebnisse nicht tragen würden. Dann könnte man doch auch die durchschnittliche Lebenserwartung von 83 Jahren nehmen, davon 18 Jahre abziehen und somit die Obergrenze für das Recht zu Wählen und Abzustimmen bei 65 Jahren festlegen. Das ist nicht meine Meinung, doch das wäre die logische Schlussfolgerung dieser Argumentation. Diese Argumentation bekräftigt sogar ein Dafür für das Stimmrechtsalter 16, denn die jungen Menschen sind von den Entscheidungen der Politik länger betroffen als ihre älteren Mitmenschen. Ich bitte Sie, Ihre Vorurteile gegenüber der Jugend abzulegen, ein bisschen Vertrauen zu haben und im Sinn der demokratischen Inklusion dem Anliegen zuzustimmen.

Hans Stutz: Ich muss Ludwig Peyer widersprechen. Das Thema wird nicht in allen Parteien kontrovers diskutiert, zumindest bei den Grünen und Jungen Grünen nicht. Angela Lüthold muss ich sagen, dass sie recht hat. Auch ich war einmal ein Jugendlicher. Als 18-Jähriger durfte ich nicht bei der Schwarzenbach-Initiative abstimmen, obwohl ich eine Diskussionsversammlung mit James Schwarzenbach im Aargau besucht hatte. Als 19-Jähriger durfte ich nicht über das Frauenstimmrecht abstimmen, für das ich ganz klar Ja gestimmt hätte. Was ich aus dieser Geschichte lerne, ist, dass – wie von Jonas Heeb schon bemerkt – die Argumente dagegen genau die gleichen waren wie heute gegen das Stimmrechtsalter 16. Zwei Punkte tauchten damals und auch heute immer wieder auf. Einerseits die Stimmbeteiligung: diese würde sinken, weil die Frauen ja nicht so interessiert seien. Sie ist tatsächlich gesunken, aber nicht aus diesem Grund. Zweitens die Überforderung: Diese ist doch nicht altersbedingt. Es gibt in allen Generationen Personen, welche nicht genau wissen, was sie eigentlich tun. Eines würde sich ändern, nämlich dass die Demokratie ausgebaut werden würde für Personen, welche sich interessieren. Die 16- und 17-Jährigen möchten ihre Zukunft mitbestimmen. Daher geht es nicht um eine Einführung auf Biegen und Brechen, sondern um eine Stärkung der Demokratie. Dies sollte uns das Stimmrechtsalter 16 wert sein.

Maurus Frey: Erinnern Sie sich noch an Ihre Zeit als Kantonsschüler oder als Lehrling? Vergleichen wir doch die damaligen Ansprüche an uns mit dem wachsenden Mass an Mit- und Selbstverantwortung, welches wir den Jungen heute abverlangen. Die Erwartungen, Aufgaben und Pflichten der Jugendlichen sind in den letzten Jahrzehnten stetig gestiegen und steigen weiter. Die Rechte blieben aber die gleichen. Dies muss jetzt korrigiert werden. Gewähren wir den Jugendlichen die längst verdienten Rechte.

Urban Sager: Wenn ich der Argumentation der FDP und der SVP zuhöre, kommt es mir vor, als ob die 16- und 17-Jährigen perfekte Staatsbürgerinnen und -bürger sein müssten, damit wir ihnen das Stimmrecht geben können. Pius Müller behauptete, dass sich viele gar nicht für Politik interessieren würden und anderes im Kopf hätten. Das ist jedoch bei Erwachsenen ebenso. Angela Lüthold sagte, man hätte anderes zu tun in der Zeit zwischen 16 und 18 Jahren, wie sich um eine Lehrstelle zu kümmern. Wir alle haben anderes zu tun neben der Politik. Wir haben einen Beruf, haben Kinder, sind in Vereinen usw. Trotzdem sind wir auch als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gefordert; das trifft auf die Jungen wie auch auf uns alle zu. Sabine Wermelinger argumentierte, die Jugendlichen würden noch oft ihre Meinung ändern, und die Identitätsfindung sei noch im Gange. Hoffentlich sind auch gewisse Entscheide bei älteren Personen noch nicht definitiv, und sie können ihre Meinung noch ändern. Das hat nichts mit dem Alter zu tun, sondern damit, dass man sich einem politischen Prozess stellt, sich in eine Diskussion begibt und auch klüger werden kann. Es geht auch nicht darum, wie Ludwig Peyer richtig sagte, dass es mit dem Stimmrechtsalter 16 zu neuen Entscheiden kommen soll oder neue politische Mehrheiten entstehen. Das Abstimmungs- und Wahlverhalten der Jungen zu verfolgen, wird spannend sein. Ich bin mir sicher, dass sich dieses nicht signifikant vom Verhalten der älteren Generationen unterscheiden wird. Die heutigen Mehrheitsverhältnisse werden wohl bleiben. Das Entscheidende ist, dass das Interesse steigt, wenn man Verantwortung erhält. Dies erfahre ich immer wieder in meinem Alltag als Geschichtslehrer von 16- bis 18-Jährigen bei der Behandlung von politischen Themen. Daher sollte das Stimmrechtsalter gesenkt werden, damit die 16- und 17-Jährigen sich ihrer Verantwortung bewusst werden, sich für die Demokratie interessieren und sich daran beteiligen. Ich danke Ihnen für die Zustimmung zur Überweisung der Einzelinitiative.

Mario Cozzio: Ich möchte gar nicht gross auf weitere Argumente zu sprechen kommen. Wir haben schon sehr viele gehört, und für die GLP ist ein Ja zu dieser Einzelinitiative unbestritten. Ich möchte aber kurz auf die Voten von Angela Lüthold und Pius Müller eingehen. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie sich bewusst sind, wie gross die Tragweite der politischen Entscheide ist. Hand aufs Herz: Ich bezweifle, dass jede und jeder in dieser Halle über alle 150 oder mehr Geschäfte dieser Session einwandfrei und bis in die Tiefe Bescheid weiss. Ich bin mir aber sicher, dass Meinungen gemacht sind und diese eben auch in die politischen Entscheide einfließen. Entsprechend ist es doch nur korrekt, wenn sich

interessierte junge Leute auch einbringen dürfen. Wir haben gestern eine Petition des Jugendparlaments zur Kenntnis genommen. Nur schon das Wording ist hierbei verräterisch: «Zur Kenntnis genommen». In der Business-Sprache heisst dies so viel wie: «Ist mir egal.» Was uns aber eben nicht egal sein sollte, ist, was die Jugend – also unsere Zukunft – zu sagen hat, was sie bedrückt, was sie ändern und was sie bewegen will. Angela Lüthold und Pius Müller, haben Sie keine Angst vor den jungen Leuten – es gibt übrigens auch bürgerliche Exemplare.

Jasmin Ursprung: 16-Jährige sollen das Stimmrecht bekommen. Wieso nicht gleich mit 15 oder 14 Jahren? Wo liegt die Begründung für 16 Jahre? Ich weiss es nicht. Was ich jedoch weiss, ist die Begründung für das jetzt geltende Recht. Heute gilt das Stimmrechtsalter 18, weil man dann volljährig ist. Das heisst, man ist voll geschäftsfähig, und es gilt nicht mehr das Jugendstrafgesetz. Was ändert sich sonst noch mit der Volljährigkeit? Man darf Auto fahren, muss Steuern zahlen, kann eigene Geschäfte eingehen, darf hochprozentigen Alkohol trinken, und man ist nicht mehr dem Gehorsam gegenüber den Eltern verpflichtet. In der Politik stimmen wir häufig über Entscheide ab, welche sehr viel Geld kosten, welches durch Steuern eingenommen wurde. Somit finde ich es nicht fair, wenn jemand über Gelder bestimmen darf, der noch gar keine Steuern zahlt. Ausserdem dürfen die 16- und 17-Jährigen dann zwar mitbestimmen, aber die Verantwortung können sie nicht mittragen. Stellen Sie sich einen 16-jährigen Gemeinderat vor, der Verträge unterzeichnen will. Das kann er nicht. Er ist noch nicht straffähig, noch nicht geschäftsfähig, noch nicht mündig. Studien belegen, dass die Stimmbeteiligung mit dem Alter wächst. 16- und 17-Jährige hätten somit die tiefste Stimmbeteiligung. In deutschen Bundesländern wie zum Beispiel Hamburg oder Bremen spricht man von rund 2 Prozent. Wollen die Jugendlichen dieses Stimmrecht also wirklich? Wenn das Stimmrechtsalter 16 so sinnvoll wäre, wieso gibt es dieses dann nicht in viel mehr Ländern? Wieso wurde es dann schon auf nationaler Ebene abgelehnt? Falls diese Initiative vor das Volk kommt und angenommen wird, dürfen die 16- und 17-Jährigen nur über kantonale Themen abstimmen. Ist das sinnvoll? Ich lehne aus diesen Gründen die Einzelinitiative ab.

David Roth: Im römischen Bürgerrecht galt das Stimmrechtsalter 16. Dass damals die Entwicklungspsychologie noch ganz anders aussah, würde ich bezweifeln. Wenn man das Bürgerrecht auf die Entwicklung des Individuums abstimmen möchte, müsste man ein eigenes Stimmrechtsalter für Mädchen und Buben einführen. Wenn die FDP argumentiert, dass die Jugendlichen ihre Meinung noch oft wechseln, kommt mir nur die FDP vom letzten Jahr in den Sinn, wenn es um Klimapolitik geht. Jugendliche seien manipulierbar und anfällig für Irreführungen, behauptet Pius Müller. Lustig ist, dass diese Aussage von der Partei kommt, welche die Bevölkerung selber mit falschen Zahlen und anderer Propaganda hinter das Licht führt. Wir alle müssen aufpassen, dass wir uns richtig informieren und bei Abstimmungen genau überlegen. Es geht hier auch nicht um das passive Wahlrecht. Mich beschleicht bei der Argumentation der SVP das Gefühl, dass es ihr nicht darum geht, was sie vorgibt. Wenn es ihr nämlich darum ginge, dass Personen, welche Steuern zahlen, abstimmen dürfen, dann wäre sie auch für das Ausländerinnen- und Ausländerstimmrecht. Diese zahlen nämlich Steuern und dürfen nicht mitbestimmen. Darum geht es der SVP aber nicht, sondern sie hat Angst, dass die Jungen ein Gegengewicht zu ihren konservativen Stammwählern bilden könnten. Ich freue mich schon auf den Abstimmungskampf. Im Kanton Glarus sei nämlich die Landsgemeinde auf die Seite der Jungen gekippt, als sie die ewiggestrigen Argumente der Gegner gehört hatte und zum Schluss kam, dass ihr Kanton nicht so sein sollte.

Noëlle Bucher: Ich wollte eigentlich auf das Votum von Pius Müller eingehen. Doch Sie sind alle mündig, und ich traue Ihnen zu, den Gehalt des Votums selber einzuordnen. Kein Argument, welches die Gegner des Stimmrechtsalters 16 heute aufgeführt haben, überzeugt mich. Wieso sollte das Stimmrechtsalter an die Mündigkeit geknüpft sein? Vielmehr machen doch die Politik und die aktive Partizipation am politischen Geschehen Menschen zu mündigen Personen. Ohne eine Senkung des Wahlalters müssen Jugendliche im Erwachsenenalter die Konsequenzen von Entscheidungen tragen, an denen sie nicht

teilhaben konnten. Das Stimmrechtsalter 16 ist eine wirksame Gegenmassnahme zur demografischen Entwicklung. Entscheidungen über die Zukunft sollen sich nicht stärker auf ältere Menschen verlagern. Wir diskutieren heute noch über die Einführung eines obligatorischen Schulfachs «Politische Bildung» auf der Sekundarstufe. Das Stimmrechtsalter 16 ist eine grosse Chance für die politische Bildung innerhalb und ausserhalb der Schule. Das Lernergebnis ist mit Sicherheit wirksamer und nachhaltiger, wenn es mit konkreten Handlungsmöglichkeiten verknüpft werden kann.

Pirmin Müller: Die zentrale Frage ist doch, ob das Stimmrechtsalter 16 ein wirkliches Bedürfnis der 16- und 17-Jährigen ist. Jeder in diesem Rat ist zu alt, um dies abschliessend zu beantworten. Was meinen aber die informierten Direktbetroffenen? Ich habe hier einen Artikel eines Luzerner Qualitätsmediums vom 27. Januar 2020, in dem es um die regionale Nachwuchs-Debattiermeisterschaft an der Universität Luzern geht. Ich zitiere: «Sie differenzieren und lauschen ihren Gegnern, um dann wie eine Viper zurückzubeissen. Doch bei einer Frage sind sich fast alle einig: Sie lehnen das Stimmrechtsalter 16 ab. Die Argumente dagegen variieren: „Mit 18 sind wir besser informiert und wissen mehr.“ Oder: „Abstimmen? Mit dem könnte ich mich anfreunden. Aber wählen? Nein danke.“ Eine Urnerin sagt: „Schliesslich zahlen wir auch erst ab 18 Steuern.“ Letzteres Argument beeindruckt dann auch die Jury. Das zeigt, dass sich die Jugendlichen ihrer Rechte und Pflichten wie auch ihrer Verantwortung bewusst sind.» Man diskutiert hier offensichtlich über ein Scheinbedürfnis und darum lehne ich diese Einzelinitiative ab.

Andreas Hofer: Ich stimme dem zu, dass nicht alle 16- und 17-Jährigen politisch interessiert sind und das Privileg nutzen würden. Dies ist aber absolut kein Grund, den 16- und 17-Jährigen das Stimm- und Wahlrecht zu verwehren. Sonst müsste man auch allen 25-, 31-, 43- oder 78-Jährigen das Stimm- und Wahlrecht entziehen, denn auch unter ihnen gibt es politisch Uninteressierte, welche nicht abstimmen und wählen. Ich glaube, wir sind uns alle darin einig, dass wir froh sein können, Jugendliche und junge Erwachsene zu haben, welche sich politisch interessieren, sich in Vereinen engagieren und ihre Zukunft aktiv mitgestalten wollen, ganz egal ob links oder rechts. Ich bitte Sie, zur Einzelinitiative Ja zu sagen und ein Signal an all die jungen Menschen auszusenden, dass wir Vertrauen in sie haben. Auch die Regierung schreibt, dass junge Menschen betroffen seien von Entscheiden und Entwicklungen. «Daher ist es wichtig, ihre politische Partizipation zu fördern.» Also lasst uns dies tun und Ja stimmen. Nicht nur Angela Lüthold und Hans Stutz waren einmal Jugendliche, sondern auch ich. Im Gegensatz zu ihnen war ich aber mit 16 und 17 Jahren nicht politisch aktiv, und ich hätte mir das damals auch nicht zugetraut. An einer Gemeindeversammlung mit 16 aufzustehen und vor so vielen Leuten zu sprechen, war für mich undenkbar. Mittlerweile sind fast 40 Jahre vergangen, und die Zeiten und vor allem die Ausbildung von jungen Menschen haben sich massiv verändert. Wir hatten dazumal noch Frontalunterricht, heute lernen die Jugendlichen in Gruppenarbeiten zu argumentieren, sie müssen vor der Klasse Vorträge halten und können sich so Kompetenzen aneignen, von denen ich nur träumen konnte. Ich wage zu behaupten, dass heute 16- und 17-Jährige weniger beeinflussbar sind, als das zu meiner Zeit der Fall war. Sie sind selbständiger und selbstsicherer, um ihre Meinung vertreten zu können, und mit den neuen Medien sind sie auch viel besser informiert als wir dazumal. Ich bitte Sie, der Überweisung der Einzelinitiative an eine Kommission zuzustimmen. Dort kann man das Thema vertieft behandeln und entscheiden.

Andreas Bärtschi: Auch ich möchte mich als junger Mensch noch zu diesem Thema äussern. Ich nehme es vorweg: Ich werde die Überweisung der Initiative nicht unterstützen, muss mich aber von gewissen Voten meiner Vorrednerinnen und Vorredner distanzieren. Ich bin sehr wohl der Meinung, dass es 16-Jährige gibt, welche ihre Entscheidungen faktenbasiert treffen und ihr Handeln und auch die daraus entstehenden Konsequenzen abschätzen können. Genauso bin ich der Meinung, dass es 14-, 15- oder 17-Jährige gibt, welche dies auch können. Es gibt aber auch 20- oder 40-jährige Personen, welche dies immer noch nicht können. Für mich ist das Stimmrechtsalter also nicht eine Frage der Fähigkeiten, sondern von Rechten und Pflichten. Jasmin Ursprung hat eine ganze Reihe

Rechte aufgezählt, welche man mit 18 erhält. So könnte man zum Beispiel über die Ehe für alle abstimmen, darf selber aber noch nicht heiraten. Man könnte über Altersreformen mitbestimmen, hat aber noch nie AHV- oder Pensionskassenbeiträge bezahlt. Ich bin der Meinung, dass man für sein Handeln Verantwortung tragen muss, und mit der heutigen Gesetzeslage ist dies für 16- und 17-Jährige nicht möglich. Aus diesem Grund lehne ich die Überweisung ab.

Urs Brücker: Nachdem ich gewisse Voten gehört habe, kann ich sagen, wir könnten auch über das Stimmrechtsalter 14 diskutieren. Ich habe einige Male gehört: Wer zahlt, befiehlt. Dann müssten wir aber das Stimmrecht so ausgestalten, dass, wer mehr Steuern zahlt, auch mehr Stimmen erhält. Es gibt viele Personen, welche keine Steuern zahlen, weil sie Sozialhilfe beziehen oder ausgesteuert sind. Diese dürfen aber ebenso abstimmen. Dieses Argument greift hier definitiv zu kurz.

Samuel Zbinden: Ich habe heute oft gehört, dass junge Menschen politisch nicht interessiert seien. Das stimmt nicht. Eine Studie der Universität Bern zeigt, dass fast 80 Prozent der untersuchten 18- bis 25-Jährigen an Abstimmungen teilnehmen, im Vergleich zu 82 Prozent der Bevölkerung. Der Unterschied ist lediglich, dass junge Menschen ein wenig selektiver abstimmen. 20 000 junge Menschen sind in einer Jungpartei von links bis rechts aktiv. Zudem hatten wir auch bei den letzten Nationalratswahlen im Kanton Luzern einen beispiellos hohen Anteil junger Kandidierender. Ich habe auch gehört, dass das aktive und passive Stimmrecht untrennbar zusammengehören würde. Wie haben dann Glarus oder Österreich diese Trennung geschafft? Auch Neuchâtel und Jura haben es in Bezug auf das Ausländerstimmrecht geschafft. Dass das untrennbar zusammengehört, stimmt einfach nicht. Ich habe auch gehört, dass 16-Jährige zu wenig reif seien. Demokratische Mitbestimmung ist kein Reife- oder IQ-Test, es ist ein gesellschaftlicher Prozess. Je früher junge Menschen eingebunden werden, desto höher ist die Chance, dass sie auch später an der Politik teilnehmen. Zum Schluss habe ich auch noch gehört, dass man erst mit 18 Auto fahren, Steuern zahlen und Schnaps trinken darf. Ich weiss nicht, wie Sie das handhaben, aber ich stimme jeweils weder im Auto noch beim Steuern zahlen und schon gar nicht betrunken ab. Dies ist also kein Argument. Ich danke für die Zustimmung zur Überweisung der Einzelinitiative.

Irene Keller: Ich habe in diesem Rat einen gewissen Singularitätswert. Einerseits gehöre ich zu diesen Überalterten, andererseits bin ich eine Frau. Ich gehöre zur letzten Welle der Frauen, welche für das Frauenstimmrecht gekämpft haben. Ich war genau 21, als 1971 das Frauenstimmrecht eingeführt wurde. Ich war jedoch schon viel früher politisiert und liberal. Ich ärgere mich etwas, wenn ich diese Diskussion verfolge, und zwar über beide Seiten: einerseits weil die Überalterung und die alten Menschen kritisiert werden, aber genauso über die Kritik an den Jungen. Ich finde nicht, dass die Jungen nicht engagiert sind. Es war immer interessant, mich mit den Lernenden auseinanderzusetzen, als ich an der Berufsschule unterrichtet habe. Ich verstehe aber auch jene, die sagen, dass Rechte und Pflichten übereinstimmen sollten. Ich stimme zudem Andreas Hofer zu, dass es jetzt nur darum geht, diese Frage an eine Kommission zu übergeben, welche sich vertieft damit auseinandersetzen soll. Dies halte ich für den richtigen Weg. Eigentlich hätte man diese Einzelinitiative nach meinem Postulat über die politische Bildung traktandieren müssen, dann wäre vielleicht einiges klarer gewesen. Ich werde der Überweisung an eine Kommission zustimmen.

Melanie Setz Isenegger: Wenn ich hier zuhöre, entdecke ich etwas, was gerade für die politische Bildung sehr wichtig ist: Wir führen hier eine Diskussion, und zwar eine wichtige. In meinen Augen ist aber dieses Thema gar nicht mehr diskussionswürdig, sondern selbstverständlich. Menschen, welche hier wohnen und am Leben teilnehmen, sollten auch die Möglichkeit haben, darüber zu bestimmen und Inputs zu geben, wie sie leben möchten. Für mich ist das Stimmrechtsalter 16 selbstverständlich, und ich bin sogar dafür, dass man sowohl nach oben als auch nach unten jegliche Altersbegrenzungen dazu abschafft.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Von Politik sind alle betroffen, die Jungen wie die Älteren. Die Jungen sind

aber länger betroffen. Deshalb ist sicher die Aussage wichtig, welche heute immer wieder gemacht wurde, dass man nämlich die Partizipation der Jungen fördern muss. Wir brauchen Nachwuchs in unserem föderalistischen Staat, Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger für die Zukunft. Deshalb ist die Sensibilisierung für politische Themen enorm wichtig und sollte einen Platz in der Bildung auf Oberstufenniveau haben. Warum lehnt die Regierung diese Einzelinitiative ab? Das Hauptargument ist, dass Rechte und Pflichten in einem demokratischen Staat zusammengehören. Das Einhergehen der Mündigkeit mit den politischen Rechten und Pflichten ist gut so, über das genaue Alter kann man streiten. Die Aufspaltung des aktiven und passiven Wahlrechts ist etwas Artfremdes in unserer Demokratie. Die Regierung sagt ganz klar Ja zur politischen Bildung und zur Förderung der Partizipation junger Menschen, aber Nein zum Stimmrechtsalter 16. Ich bitte Sie, die Überweisung der Einzelinitiative abzulehnen.

Antrag Müller Pius: Antrag auf Namensaufruf

Der Rat stimmt dem Antrag zu. Das notwendige Drittel der stimmenden Ratsmitglieder wurde erreicht.

Der Rat stimmt der Kommissionsbestellung mit 55 zu 60 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu. Das notwendige Drittel der stimmenden Ratsmitglieder wurde erreicht.